

ANTRAGSHEFT

Wiener Frauenkonferenz 2022



**Heute für ein
besseres Morgen!**



Inhaltsverzeichnis

KAPITEL 1: LEITANTRAG

LEITANTRAG: HEUTE FÜR EIN BESSERES MORGEN!	4
--	---

KAPITEL 2: ANTRÄGE

2.1. PFLEGE: FRAUEN & MIGRANT*INNEN SIND KEINE ARBEITER*INNEN ZWEITER KLASSE	13
2.2. FRAUEN FINANZIELL ABSICHERN! WIR HABEN LANGE GENUG DURCHGEHALTEN!	14
2.3. RECHTSANSPRUCH AUF GANZTÄGIGE KINDERBETREUUNG BIS ZUM ENDE DER SCHUL- PFLICHT	16
2.4. EINE VON ZEHN – ENDOMETRIOSE ERNST NEHMEN JETZT!	17
2.5. STEALTHING MUSS INS STGB!	19
2.6. GRATIS GESCHLECHTSKRANKHEITENTESTS FÜR ALLE	21
2.7. SPORT FREI VON GESCHLECHTERSTEREOTYPEN	22
2.8. DEM KRIEG KEINEN FRIEDEN! SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINISCHEN BEVÖLKERUNG!	23

KAPITEL 3: DURCHFÜHRUNGSSTAND DER ANTRÄGE 2021

Kapitel 1: Leitantrag

LEITANTRAG: HEUTE FÜR EIN BESSERES MORGEN

eingbracht vom Wiener Frauenkomitee und Gewerkschafterinnen in der SPÖ Wien

Eine Krise jagt die andere, die Welt steht seit 2020 sichtlich Kopf. Das Leben in einer Pandemie mit all den damit einhergehenden Herausforderungen war nur der Anfang. Die Folgen der Pandemie erschweren Menschen auf der ganzen Welt das Leben. Dazu kommen die Klimakrise und der Krieg in der Ukraine. Das alles hat gravierende Auswirkungen auf unseren Alltag und lässt die Zukunft ungewiss erscheinen.

Vor allem die Lage von Frauen hat sich während der letzten zwei Jahre verschärft. Einher mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie ging ein Anstieg an Gewalt gegen Frauen, 31 Femizide mussten wir 2021 beklagen und auch im Jahr 2022 wurden schon zu viele Frauen von Männern ermordet. Die Überlastung des Gesundheitssystems durch COVID-19 frisst Ressourcen, die im Bereich der Frauengesundheit dringend notwendig wären. Die materielle Ungleichheit, die schon vor der Krise da war, spüren wir jetzt noch deutlicher, denn das Leben wird derzeit immer teurer: Preise steigen, die Energie- und Gaspreise schnalzen nach oben und Mieten am privaten Wohnungsmarkt explodieren. Österreich ist mit der höchsten Inflation seit Jahren konfrontiert. Frauen sind die Verliererinnen der Krise.

Teuerungen treffen Frauen härter.

Frauen treffen Krisen nochmal mehr. Männer verdienen nach wie vor mehr als Frauen, haben mehr Vermögen und finden sich häufiger in den Chefetagen wieder. Kinderbetreuung und Hausarbeit wird nach wie vor als „Frauensache“ angesehen. Um alles unter einen Hut zu bringen, arbeiten Frauen in Teilzeit oder haben sogar ihren Job aufgeben müssen. Das bedeutet weniger Einkommen, weniger Arbeitslosengeld, damit weniger Unabhängigkeit und langfristig weniger Pension. Kombiniert mit den massiven

Preisanstiegen treibt das immer mehr Frauen in die Armut.

Anstatt die Situation für Frauen zu verbessern, macht die Bundesregierung, das, was sie am besten kann: nichts. Die Frauenministerin nimmt ihre Rolle kaum wahr und der Arbeitsminister macht unqualifizierte Äußerungen, anstatt Arbeitsmarktprogramme entsprechend der Lebensrealität von Frauen zu schaffen. Susanne Raab und Co. lassen Frauen im Stich. Mehr als ständige Appelle durchzuhalten – nur noch ein bisschen, und dann noch ein bisschen länger – können wir uns nicht erwarten. Doch das reicht schon lange nicht mehr! Seit mittlerweile zwei Jahren leben wir Frauen an unseren Grenzen. Wir haben lange genug durchgehalten! Wir brauchen eine Regierung, die heute handelt!

Grundbedürfnisse dürfen kein Luxus sein.

Das Leben wird teurer. Lieferengpässe, die Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sorgen dafür, dass die Preise in ganz Europa nach oben gehen. Die Energiepreise für Haushalte im Dezember 2021 waren um 24,1 Prozent höher als noch ein Jahr davor. Aber auch sonst wurde das Leben teurer: Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet stieg im Jahresabstand bis 2021 um 9,4 Prozent. Die Inflation ist auf Rekordhöhe, Grund sind vor allem steigende Treibstoff- und Energiepreise, aber auch Lebensmittelpreise sind aufgrund des Krieges in der Ukraine instabil. Zwischen 2010 und 2020 sind Mieten in Österreich außerdem deutlich stärker gestiegen als die Inflation. Während die allgemeinen Preise in diesem Zeitraum um 19,8 Prozent zulegten, verteuerten sich die Mieten im Durchschnitt pro Quadratmeter um 44 Prozent. Besonders am privaten Wohnungsmarkt ist eine Mietwohnung beinahe ein Luxusgut geworden.

Der Gender-Pay-Gap schließt sich nicht von selbst.

Laut Statistik Austria waren im Jahr 2020 die mittleren Einkommen der Männer um 35 Prozent höher als jene der Frauen. Das liegt vor allem an der Aufteilung von Vollzeit und Teilzeit. Aber auch im Vergleich der durchgängigen Vollzeitarbeit gibt es Unterschiede in der Bezahlung: Während das durchschnittliche Bruttoeinkommen von Männern in Österreich bei 54.571 Euro liegt, verdienen Frauen, durchschnittlich 44.449 Euro brutto im Jahr. Daraus ergibt sich ein Minus von 18,5 Prozent, oder 10.122 Euro, die ganzjährig vollzeittätige Frauen weniger haben. Gründe sind: Frauen verlangen seltener Gehaltserhöhungen, werden noch immer niedriger eingestuft und arbeiten seltener in einkommensstarken „männlichen“ Branchen. Doch erklären auch diese Gründe nur ein Drittel dieser Differenz. Rund zwei Drittel können nicht mit objektiven Kriterien belegt werden. Hier liegt die schlechtere Bezahlung also schlicht an der Tatsache, dass Frauen Frauen sind.

Diese Einkommenskluft erhält die traditionelle Rollenverteilung aufrecht: Frauen sind als Familienerhalterinnen nur die zweite Wahl und ein Rollentausch klappt finanziell nicht, weil der Gender-Pay-Gap einen Strich durch die Familienrechnung macht. Das ist nicht gerecht. Freiwillige Maßnahmen, Einkommensberichte oder die Angabe des Mindestentgelts haben bisher kaum Wirkung gezeigt. In Österreich ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit gesetzlich festgeschrieben. Die Geheimniskrämerei ums Gehalt macht es schwierig zu überprüfen, ob das Gesetz eingehalten wird.

Reproduktionsarbeit ist Arbeit.

Insgesamt arbeiten Frauen und Männer pro Tag ähnlich lange, Frauen arbeiten aber den weitaus größeren Teil unbezahlt. Corona hat die Situation noch verschärft: Frauen und Männer arbeiteten 2020 täglich zwischen 11 und 15 Stunden. Frauen in Paarhaushalten mit Kindern arbeiten die meisten Stunden unbezahlt: sie kommen auf gleich $9 \frac{1}{2}$ von insgesamt $14 \frac{1}{4}$ Arbeitsstunden. Die Väter leisteten rund $6 \frac{3}{4}$ Stunden bezahlte und knappe 7 Stunden unbezahlte Arbeit. Das sind $2 \frac{1}{2}$ Stunden weniger unbezahlt und 30 Minuten insgesamt weniger Arbeit. Alleinerzieherinnen arbeiten mit knapp 15 Stunden am meisten pro Tag, davon sind rund 9 Stunden un-

bezahlte Kinderbetreuung. Vergleicht man die Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit, so verbringen Männer laut einer Zeitverwendungsstudie von Eurostat gut 63 Prozent ihrer wöchentlichen Arbeitszeit in bezahlter und 37 Prozent in unbezahlter Arbeit. Bei Frauen ist das exakt umgekehrt: Lediglich 37 Prozent ihrer Arbeit wird bezahlt, während der überwiegende Rest von 63 Prozent unbezahlt ist.

Teilzeitanteil muss geringer werden.

Mitunter Grund dafür: Frauen arbeiten meist Teilzeit und übernehmen den Haushalt. In Österreich ist Teilzeitarbeit weitverbreitet, als in den meisten Industrieländern – und das vor allem bei den weiblichen Erwerbstätigen: 47,3 Prozent der Frauen arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2020 Teilzeit. Der Teilzeitanteil bei den erwerbstätigen Männern lag bei 10,7 Prozent. Doch nur eine von fünf Frauen wählt Teilzeit um der Teilzeit willen. Es sind die Umstände, die Frauen in Teilzeit drängen: Sie betreuen Kinder, pflegen Angehörige oder finden keine Vollzeitstelle in ihrem Beruf. Viele Frauen leben in prekären Situationen.

Gerade am Arbeitsmarkt werden gesellschaftliche Diskriminierungsstrukturen besonders gut sichtbar. Alleinerzieherinnen und Migrantinnen zählen zu jenen Gruppen, die am öftesten in prekären Situationen leben müssen. Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit als der österreichischen verdienen bis zu 22 Prozent weniger als Österreicher*innen. Frauen müssen besonders oft in prekären Verhältnissen und bei geringem Lohn arbeiten. Dabei arbeiten sie besonders oft in systemrelevanten Branchen wie Reinigung, Pflege oder Einzelhandel. Marginalisierte Gruppen sind am Arbeitsmarkt oft die ersten, an denen Verschlechterungen „ausprobiert“ werden: Nicht-Einhaltung von Arbeitsrecht, erhöhter Druck in der Arbeit, schlechte Arbeitsbedingungen, unregelmäßige Dienste, überlange Arbeitszeiten, Leiharbeit, Lohndrückerei und Sozialbetrug. Frauen mit Behinderungen haben täglich mit Benachteiligungen zu kämpfen. Oft leben sie in finanziell prekären Verhältnissen und in der Gesellschaft werden sie oft unsichtbar gemacht.

Alleinerzieher*innen können nicht länger warten.

In Wien waren 2020 61.700 Frauen alleinerziehend. Österreichweit sind 84 Prozent aller Allein-

erziehenden Frauen. Davon sind derzeit etwa 45 Prozent armutsgefährdet. Elf Prozent leben unter extremen finanziellen Druck. Heißt, elf Prozent der Alleinerzieher*innen können sich unerwartete Ausgaben, eine angemessene Beheizung der Wohnung, langlebige Gebrauchsgüter wie Waschmaschine, Telefon oder Auto nicht leisten und/oder haben Schulden aus Miete oder Hypotheken oder wegen Versorgungsleistungen wie z.B. Stromrechnungen. Und das, obwohl zwei Drittel der alleinerziehenden Personen berufstätig ist. Der Lohn reicht nicht fürs Leben.

Dass Kinder in Österreich in Armut leben, ist ein Armutszeugnis für die Regierung.

Nicht zu wissen, was morgen ist, ist für viele Alleinerzieher*innen Alltag. Das belastet. Unterstützung von der Bundesregierung? Gibt es kaum. Alleinerzieher*innen werden im Regen stehen gelassen. Verschärfend hinzukommt: Rund ein Drittel aller Kinder von Alleinerziehenden bekommen keinen Unterhalt und keine Unterhaltersatzleistung. Das bedeutet, dass sie gänzlich ohne Unterhaltszahlungen auskommen müssen. 59.000 Kinder in Österreich sind davon betroffen. Nur jede zweite Alleinerziehende bekommt regelmäßig Kindes-Unterhalt vom Vater des Kindes. Die Alleinerziehenden müssen oft jahrelang warten, bis sie staatliche Unterhaltsvorschüsse bekommen. Neben Alleinerziehenden sind Familien mit mehr als drei Kindern besonders armutsgefährdet. Generell zählen Kinder und Jugendliche zu den Gruppen, die mit 18% von einer hohen Armutsgefährdung betroffen sind. Das bedeutet in konkreten Zahlen, dass in Österreich ca. 324.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet sind.

Männer in die Karenz.

Väterkarenzen haben einen langfristigen Effekt auf die Arbeitsteilung, wenn sie mindestens vier bis sechs Monate dauern. Der Anteil der Männer an Karenz ist jedoch nach wie vor verschwindend gering. Nur zwei Prozent der Väter in Partnerschaften unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit für drei bis sechs Monate, ein Prozent für mehr als sechs Monate. Gehen Männer in Karenz, dann steigen ihre Einkommen danach deutlich stärker als die der Frauen. Viele Eltern wollen sich die Kinderbetreuung teilen. Aber: Für viele Familien zählt das Geld als Argument. Weil der Vater mehr verdient, geht er auch nicht in Karenz. Da hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. Im

Gegenteil, der Anteil der Väter in Karenz ist sogar leicht gesunken.

Junge Frauen brauchen Perspektiven.

Die psychische Belastung und der Druck auf junge Frauen sind enorm. Zukunftsvisionen werden von Existenzängsten überlagert. Beratungsangebote und psychologische Unterstützung gibt es viel zu wenige. Zu all der Unsicherheit kommt, dass derzeit alles teurer wird. Die Sorge, das tägliche Leben nicht bestreiten zu können, und die Angst vor der Zukunft machen krank. Während der Pandemie wurden die Bedürfnisse von jungen Menschen selten bis gar nicht wahrgenommen und auch bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie werden sie überhört. Viele junge Frauen treffen in Schule oder Lehre nicht auf Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, die Basis für ein selbstbestimmtes Leben legen zu können. Auch der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist nicht einfach und viele Frauen werden dabei allein gelassen.

Gesundheitssystem muss gerechter werden.

Ob fehlende Forschung zu Krankheiten, die Frauen überproportional betreffen, die Tabuisierung vom weiblichen Körper oder teure Impfungen gegen HPV – Frauen schauen auch im Gesundheitssystem nur zu oft durch die Finger. Die Pandemie hat die Gesundheitsversorgung in vielen Bereichen verschlechtert. In den letzten zwei Jahren sind insbesondere die Vorsorgeuntersuchungen zurückgegangen, Mammografien um 13 Prozent, andere Krebsvorsorgeuntersuchungen sogar um 75 Prozent. Dazu kommt, dass Diagnostik und Therapie nach wie vor am Durchschnittsmann orientiert ist. Frauenspezifische Symptome und frauenspezifische Krankheiten wie Endometriose fallen werden oft nicht ernstgenommen. Die Situation der Gesundheit der Frauen wird jetzt außerdem dadurch verschärft, dass Long-COVID Frauen öfter betrifft als Männer.

Psychische Gesundheit ist Frauengesundheit.

Auch im Bereich der psychischen Gesundheit gibt es großen Aufholbedarf. Frauen sind dreimal häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen, 90 Prozent der Essstörungen betreffen Frauen. Postnatale Depressionen werden bis heute tabuisiert, obwohl bis zu 20 Prozent der Frauen betroffen sind. Unterversorgung und mangelnder Zugang zu Therapie betrifft vor allem Frau-

en, da sie oft weniger finanzielle Mittel verfügen. Bei der Psychotherapie übernimmt die Krankenkasse wenig, der Zugang zur psychischen Gesundheitsversorgung lässt zu wünschen übrig. Zudem kommt, dass Frauen häufiger von Doppelbelastungen betroffen und wesentlich häufiger Gewalterfahrungen ausgesetzt sind. Häusliche Gewalt ist eines der vorrangigen Gesundheitsrisiken bei Frauen und Mädchen – von psychischen Folgen über körperliche Verletzungen bis hin zur Lebensgefährdung.

In der Pflege geht ohne Frauen nichts.

Von den derzeit 950.000 pflegenden Angehörigen sind knapp drei Viertel Frauen, wobei ein Drittel im Alter von 51 bis 65 Jahre ist. Mehr als zwei Drittel der Frauen in Wien sind neben der Tätigkeit als pflegende Angehörige auch noch berufstätig. Die Betreuung von Pflegebedürftigen liegt auch im professionellen Bereich ganz fest in Frauenhand. 80 Prozent der Pflegekräfte sind weiblich, ein großer Teil davon sind Frauen mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen arbeiten in Teilzeit. Gründe sind die Unvereinbarkeit eines Vollzeitpflegeberufs mit Familie: Personalmangel, Unterbesetzung, horrende Arbeitszeiten sind in der Pflegebranche Standard. Dazu kommt, dass die Arbeit im Pflegebereich extrem belastend ist und viele den physischen und psychischen Belastungen keine 40 Stunden standhalten können. Das muss sich rasch ändern, denn bis 2030 werden in Österreich rund 100.000 Pflegekräfte fehlen.

Altersarmut von Frauen ist das Symptom aller Versäumnisse der österreichischen Politik.

Frauen bekommen um 40 Prozent weniger Pension als Männer – der Unterschied ist in Österreich so groß wie kaum sonst wo. Für die Pensionshöhe ist sowohl die Einkommenshöhe als auch die Zahl der Beitragsmonate relevant. Bei beiden Faktoren schneiden Frauen schlechter ab. Nur jede zweite Frau arbeitet außerdem bis zum Pensionsantrittsalter, was die Gefahr der Altersarmut erhöht. In Zahlen heißt das: Frauenspensionen liegen durchschnittlich bei 1.100 Euro, die Pensionen der Männer bei 1.800 Euro im Monat. Oft haben Frauen eine so kleine Pension, dass sie davon nicht leben können. Entweder müssen sie auch im hohen Alter noch in Jobs arbeiten oder in Armut leben. Die Auswirkungen des rasch ansteigenden Pensionsantrittsalters von Frauen (ab 2024 bis 2032 auf 65 Jahre),

müssen in den Betrieben, aber auch im gesellschaftlichen Diskurs endlich Beachtung finden. Am höchsten ist das Risiko für Altersarmut für alleinstehende Pensionistinnen. 17 Prozent aller Frauen über 65 sind armutsgefährdet, im Jahr 2020 lebten 145.000 Frauen über 65 in Armut. Armut bedeutet immer Verzicht: Viele können sich nicht mal das Heizen leisten. Theaterbesuche, Reisen oder spontane Ausgaben sind da schon gar nicht drinnen. Heißt, es fehlen die Rahmenbedingungen, unter denen ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft möglich sind. Die Möglichkeit, die eigenen Interessen, Erfahrungen und Talente einzubringen und Dinge tun zu können, die Freude machen, sollte kein Luxus, sondern Standard sein. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, dass Menschen in Österreich im Ruhestand ein gutes Leben führen können.

Frauen für den Frieden

Das Patriachat erschüttert gerade Europa. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Demokratie. Seit Ende Februar ist Krieg so nah wie schon lange nicht mehr. Durch Social Media kann man die Zerstörung quasi „live“ mitverfolgen. Und auch vor der Invasion in der Ukraine schon lebten Millionen von Menschen in Kriegsgebieten auf der ganzen Welt oder befanden sich auf der Flucht. Die SPÖ Frauen stehen seit jeher für Frieden. Frauen sind ein wichtiger Teil von Friedensallianzen, sind Friedensstifterinnen und wesentliche Vermittlerinnen in kriegerischen Konflikten. Die Frauenbewegung war stets Speerspitze der Friedensbewegung. In der Tradition der „Frauen für den Frieden“ appellieren wir an die Kriegstreiber, dem Krieg in der Ukraine ein Ende zu setzen und wieder zu diplomatischen Verhandlungen zurückzukehren. Denn im Krieg sind immer die einfachen Menschen die Verlierer*innen! Millionen sind auf der Flucht, noch mehr müssen in umkämpften Gebieten ausharren und um ihr Leben fürchten. Frauen müssen die Infrastruktur vor Ort aufrechterhalten, selber zu den Waffen greifen oder fliehen, Männer müssen für die Interessen der Machthabenden in den Krieg ziehen. Familien werden zerrissen. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie machtbesessene Männer Leid und Unglück über Betroffene bringen.

Die Wiener Bevölkerung reagierte auf die Situation in der Ukraine mit einer Welle der Solidarität. Die Bundesregierung kommt eher schleppend

in die Gänge. Derzeit mangelt es bei der Behandlung von Geflüchteten an allen Enden und Ecken. Die Unterbringung läuft zu langsam, die Unterkünfte sind oft ungeeignet und auf besondere Bedürfnisse insbesondere von Frauen und Kindern wird keine Rücksicht genommen. Menschen auf der Flucht kommen zu uns, um hier Schutz und Aufnahme zu erfahren. Dabei muss die Würde der Menschen gewährleistet werden – egal, ob sie aus der Ukraine, Afghanistan, Syrien oder wo anders herkommen.

Wien lebt Solidarität.

Die Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und die ankommenden Geflüchteten in Wien zeigt: In Wien wird Solidarität gelebt. Unbürokratische Einrichtungen wie das Ankunftscenter in der Leopoldstadt und das Beratungszentrum im Austria Center Vienna bieten Geflüchteten schnelle Hilfe und heißen sie in Wien willkommen. Daneben leistet Wien verstärkt humanitäre Hilfe und finanziellen Unterstützung der NGOs vor Ort. Gleich Anfang März lieferte Wien 95 Tonnen Hilfsgüter in die Ukraine, nach Polen und Moldau, darunter 150 Krankenbetten.

Für Wien ist Solidarität und die gute Behandlung von Schutzsuchenden nicht erst seit dem Ukraine-Konflikt wichtig. Doch die Bundesregierung legt Wien oft Steine in den Weg. So wurde die Aufnahme von Geflüchteten aus Moria, zu der sich Wien bereit erklärt hat, von der Bundesregierung nicht ermöglicht. In Wien haben alle einen Platz und können mit der besten Versorgung rechnen.

Wien arbeitet heute an einem besseren Morgen.

Wien lebt Solidarität in allen Bereichen, und das merkt man: Wien ist bei der Gleichstellung Vorreiterin! Im Städtebund-Gleichstellungsindex überholt die Stadt selbst in den Bezirken, die am meisten Ungleichheit aufweisen, noch weit alle anderen Bundesländer. Bei Bildung, Kinderbetreuung, dem Pay-Gap, Gesundheit, Gewaltschutz und der stationären Pflege liegt Wien weit vor Restösterreich. Doch ruhen wir uns in Wien nicht auf unseren Erfolgen aus. Wo es uns möglich ist, ergreifen wir neue Maßnahmen, um das Leben aller Wienerinnen weiter zu verbessern. Dabei ist der Stadt Partizipation ein besonderes Anliegen. Denn wer, wenn nicht die Frauen wissen, was sie brauchen? Ausgangs-

punkt zukünftiger Maßnahmen bildet daher die Frauenbefragung der Stadt Wien, die dieses Jahr durchgeführt wurde. Wienerinnen ab 14 Jahren konnten mitmachen. Dabei wurde erhoben, was die Frauen in Wien bewegt – um dann mit konkreten Maßnahmen eine noch bessere Zukunft für sie gestalten zu können.

Wien packt Probleme an der Wurzel.

Seit Jahrzehnten gibt es Maßnahmen, um das Leben aller Wienerinnen zu verbessern. Wien schafft ständig mehr leistbaren Wohnraum. Frauenwohnbauprojekte und Maßnahmen wie der Wohn-Bonus für Alleinerziehende bei Gemeindefamilienwohnungen und geförderten Wohnungen greifen Frauen gezielt unter die Arme. Durch beitragsfreie Kindergärten und Ganztagschulen entlastet Wien Frauen, ermöglicht eine frühere Rückkehr in den Job und sichert die beste Bildung für junge Wiener*innen. Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, der Kindergärten und Ganztagschulen, ist zudem ein wichtiger Schritt, um Beruf und Familie gut vereinbar zu machen. Wien fördert außerdem die Bildung von Frauen von Kinderschuh an. Der waff (Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds) unterstützt Frauen mit eigenen Förderprogrammen bei der Weiterbildung, bei beruflicher Veränderung oder einem Wiedereinstieg nach der Karenz. Damit werden Frauen neue Chancen im Beruf eröffnet.

Wien lässt niemanden zurück.

Wien begleitet Frauen außerdem mit zahlreichen Beratungsangeboten und Anlaufstellen. Insbesondere das Frauenzentrum mit Beratungen zu finanziellen Problemen, Wohnen, rechtlichen und psychosozialen Themen, das Frauengesundheitszentrum und der Frauennotruf sowie der Frauenhaus-Notruf bieten rasche Unterstützung. Mit dem Gewaltschutzpaket, das unter anderem ein 5. Frauenhaus beinhaltet, setzt sich Wien außerdem gegen Gewalt an Frauen ein. Wien ist das einzige Bundesland, das die Istanbul-Konvention in Bezug auf Frauenhausplätze und Beratungsstellen erfüllt.

Als die Teuerungswelle auf Österreich zurollte, erarbeitete Wien sofort sinnvolle Maßnahmen, allen voran die „Wiener Energieunterstützung Plus“. Während die Bundesregierung wenig machte, stellte Wien innerhalb kürzester Zeit ein 124,3 Millionen Hilfspaket auf die Beine. Dieses federt mit einem Zuschuss von 200 Euro ziel-

gerichtet die Teuerungen der Energiekosten bei einkommensschwachen Haushalten, insbesondere Pensionist*innen und Alleinerziehenden, ab. Zudem werden mit der zweiten Säule, der „Energieunterstützung neu“ Rückstände oder Jahresrechnungen teilweise übernommen sowie Energieberatung angeboten und alte Elektrogeräte ausgetauscht. Dazu wird das bisherige Budget der Energieunterstützung um 20 Millionen auf 26 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt 48,3 Millionen Euro werden außerdem an Förderungen für nachhaltige Energieformen sowie für Neubau und Sanierung von Gebäuden ausgeschüttet – denn das Wiener Energiepaket soll auch langfristig Haushalten und dem Klima zugutekommen.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Eine Teuerungsbremse, damit Grundbedürfnisse nicht zum Luxus werden.

Was es braucht, um den Auswirkungen der Teuerungen Einhalt zu gebieten, ist eine konsequente Teuerungsbremse: eine befristete Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas und 300 Euro Winterzuschuss bei niedrigem Einkommen. Ein begleitendes Preismonitoring soll sicherstellen, dass Preissenkungen auch bei den Endverbraucher*innen ankommen. Damit könnte die Regierung die Folgen der Inflation in besonders betroffenen Bereichen abfedern.

2. Die Regierung muss handeln, damit Wohnen wieder leistbar wird.

Wir fordern die Einführung eines einheitlichen Generalmietrechts für alle Wohnbereiche – unabhängig vom Jahr der Errichtung. Es braucht ein faires System der Mietpreisgestaltung mit klaren Obergrenzen und ohne Unsicherheiten: Vermieter*innen und Mieter*innen müssen auf Knopfdruck und rechtssicher feststellen können, wieviel Miete zulässig ist. Wir fordern die Einführung von spürbaren Geldstrafen bei Verletzung dieser Obergrenzen: Wenn Vermieter*innen vorsätzlich zu hohe Mieten und/oder Betriebskostenabrechnungen verlangen, soll die Geldstrafe bis zu 300 Prozent der zu viel verlangten Miete/Betriebskosten betragen. Zurzeit ist Mietwucher straffrei.

Weiters braucht es eine massive Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten für Vermie-

ter*innen. Um langfristig Mietpreise niedrig zu halten, muss Immobilienspekulation gesetzlich bekämpft und der gemeinnützige Wohnbau gestärkt werden.

3. Arbeitszeit muss bei vollem Entgelt- und Personalausgleich verkürzt werden.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt viele Vorteile. Kürzere Arbeitszeiten machen Beschäftigte zufriedener, motivierter und produktiver. Zusätzliche Freizeit sorgt auch dafür, dass es zu Hause gerechter zugeht. Männliche Beschäftigte, die weniger Stunden arbeiten, kümmern sich mehr um Familie und Haushalt. Es wird für Eltern leichter, Job und Familie zu vereinbaren und die bezahlte und unbezahlte Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern wird gerechter aufgeteilt. Arbeitszeitverkürzung für alle könnte auch das Problem der hohen Teilzeittate lösen: Aus Teilzeit von heute wird die Vollzeit von morgen. Mit entsprechend höherem Gehalt. Das Ende der schlechter bezahlten Teilzeitverträge, heißt auch höhere Einkommen und damit weniger finanzielle Abhängigkeit von einem Partner. Zu Ende gedacht bedeutet mehr Einkommen auch eine höhere Pension.

4. Beweislastumkehr bei Lohntransparenz muss gesetzlich verankert werden.

Der Gender-Pay-Gap schließt sich nicht von selbst! Frauen verdienen für die gleiche Arbeit noch immer weniger als Männer. Daher braucht es gesetzliche Maßnahmen, die wirklich wirken. Nicht Frauen müssen beweisen, dass sie weniger verdienen, sondern Unternehmer müssen aktiv nachweisen, dass sie gerechte Löhne zahlen. Neben einem umfassenden Entschädigungsanspruch soll es also auch eine Beweislastumkehr zugunsten von benachteiligten Beschäftigten geben. Das ist insofern wichtig, da Frauen gleich von Anfang an einen Nachteil haben, wenn sie die Diskriminierung vor Gericht beweisen müssen. Außerdem müssen Regelungen zur internen und öffentlichen Lohntransparenz Standard für alle Unternehmen in Europa werden. Damit werden die Arbeitgeber*innen zur Verantwortung gezogen.

5. Es braucht ein Arbeitsmarktpaket für Frauen.

Die Pandemie trifft Frauen ungleich schwerer als Männer. Es braucht dringend ein Arbeitsmarktpaket für Frauen, damit die Frauen gut aus der Kri-

se kommen. Besonders muss die Situation von jungen Frauen dabei berücksichtigt werden. Wir fordern den Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen mit regional maßgeschneiderten Angeboten. Mindestens 50 Prozent der Mittel aus der Corona-Arbeitsstiftung sollen Frauen zur Verfügung stehen. Außerdem müssen ausreichend Weiterbildungsangebote, wie sie z.B. der waff in Wien schon anbietet, für Frauen zur Verfügung stehen. Damit diese auch in Anspruch genommen werden können, braucht es eine finanzielle Absicherung der Frauen, die sich in Weiterbildung befinden. Dazu braucht es eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent zur dringend notwendigen Existenzsicherung von Frauen.

Gerade durch die Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig es ist die Bewertung von Arbeit neu zu definieren. Die Arbeit am Menschen, die zum größten Teil von Frauen geleistet wird, muss umgehend grundlegende Verbesserungen erfahren: sowohl in der Bezahlung als auch bei den Arbeitsbedingungen.

6. Situation prekarisierter Gruppen am Arbeitsmarkt muss verbessert werden.

Sämtliche Analysen zeigen sehr deutlich, dass ausländische Beschäftigte in Österreich am Arbeitsmarkt und in der Arbeit benachteiligt werden. Sie arbeiten oftmals trotz gleicher Qualifikation in Berufen mit geringerem Ansehen in der Gesellschaft. Sie arbeiten in Berufen, die ein hohes Arbeitsplatzrisiko aufweisen, höhere Arbeitsbelastungen mit sich bringen, aber nicht höher entgolten werden. Frauen sind besonders durch ihre Überrepräsentation in Pflege-, Reinigungsberufen und im Einzelhandel betroffen. Wir fordern Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Bei der nicht-Einhaltung des Arbeitsrechts braucht es wirksame Sanktionen, wie z.B. ein „Überstunden-Doppel“ bei systematischer Vorenthaltung von Mehr- und Überstundenentgelt, sowie wirksame Strafen bei Lohndrückerei und Sozialbetrug.

Frauen ohne österreichische Staatsbürgerschaft haben überdurchschnittlich oft ungesunde Arbeitsbedingungen. Das Personal bei den Arbeitsinspektoraten gehört daher zumindest auf das von der Internationalen Arbeitsorganisation verlangte Mindestmaß aufgestockt. Arbeitsbedingungen müssen so geändert werden, dass Arbeitszeiten familienfreundlicher, verlässlicher

und gesünder sind und bessere Chancen auf existenzsichernde Einkommen ermöglichen. In der Pflege braucht es verlässliche Arbeitszeiten und ausreichend Zeit für die tatsächliche Pflegearbeit, für Supervision und Weiterbildung. Das geht nur, wenn grundsätzlich mit mehr Personal gearbeitet wird. Um die Situation und die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft in Österreich bleiben wollen, zu verbessern, braucht es dringend einen gerechteren Zugang zur Staatsbürgerschaft.

7. Selbstbestimmtes Leben mit Behinderung ermöglichen.

Frauen sind nicht behindert, sie werden behindert! Wir wollen, dass alle Frauen ein gutes Leben führen können. Dazu ist es wichtig, dass Behinderungen und Erkrankungen anerkannt und destigmatisiert werden, um weitere Benachteiligungen auszuräumen. Im Gesundheitswesen braucht es spezialisierte und leistbare Gesundheitsangebote sowie mehr Sensibilisierung bei Ärzt*innen. Aus- und Weiterbildung müssen inklusiv gestaltet werden. Wir fordern, dass im Bereich des Arbeitsmarkts und beim Wohnen, passende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um der Prekarisierung entgegenzuwirken. Es braucht einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, um die Selbstständigkeit von Frauen mit Behinderung zu gewährleisten. Ebenso ist eine barrierefreie und inklusive Gestaltung des öffentlichen Raums wichtig.

8. Die Unterhaltsgarantie muss umgesetzt werden.

Die Unterhaltsgarantie wäre ein Meilenstein für die Armutsvermeidung. Demnach sollen Kinder, die mit einem Elternteil alleine leben und deren zweiter Elternteil nicht zahlungswillig oder -fähig ist, unterstützt werden. Im Durchschnitt erhalten Kinder einen gesetzlichen Unterhaltsvorschuss von 250 Euro im Monat. Der Unterhaltsvorschuss muss auf die Höhe des Regelbedarfssatzes aufgestockt werden, wenn Unterhaltszahlungen ganz oder teilweise ausfallen. Wenn Geld bei den banalsten Dingen, wie die Wohnung zu heizen oder Eislaufen zu gehen, fehlt, braucht es den Gesetzgeber, der einspringt.

9. Väterkarenz muss mit fixen Väteranteilen zur Regel gemacht werden.

Viele Eltern wollen sich die Kinderbetreuung

teilen. Aber: Immer noch gehen viel zu wenige Männer in Karenz. Um das zu ändern braucht es weitere Schritte in gesetzlichen Regelungen, aber auch verstärkte Bewusstseinsarbeit, dass ganze Männer Halbe/Halbe machen!

10. Familienarbeitszeitmodell zur Förderung von partnerschaftlicher Teilung.

Wir fordern die Umsetzung des Familienarbeitszeitmodells. Das ist eine Geldleistung, die Eltern von Kindern bis zum 4. Lebensjahr in einer partnerschaftlichen Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit unterstützen soll. Arbeiten beide Elternteile zwischen 28 bis 32 Stunden pro Woche, soll ein steuerfreier Bonus von 250 Euro pro Elternteil pro Monat ausgezahlt werden. Alleinerziehende, die in diesem Korridor arbeiten, sollen ebenfalls 250 Euro erhalten. Bereits bestehende gesetzliche und kollektivvertragliche Regelungen sollen davon unberührt bleiben. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen analog zur Altersteilzeit von der Normalarbeitszeit berechnet und dem Dienstgeber teilweise vom AMS ersetzt werden.

11. Alle Kinder Österreichs müssen gut abgesichert sein.

Wir fordern einen Anspruch auf Kindergrundsicherung bis zum 18. Lebensjahr. Diese soll nach Einkommen gestaffelt sein. Die universelle Komponente in der Höhe von 200 Euro würden alle Kinder erhalten, die einkommensgeprüfte Komponente von zusätzlich bis zu 425 Euro würde abhängig vom jährlichen Familieneinkommen ausbezahlt. Das bedeutet, alle Kinder hätten Anspruch, einkommensarme Familien würden entsprechend mehr erhalten. Die Leistungen aus der Kindergrundsicherung würden die Finanzierung der materiellen Versorgung, Bildungschancen, sozialen Teilhabe und gesundheitlichen Entwicklung garantieren.

Kinder brauchen den besten und den gleichberechtigten Zugang zu Bildung. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz und einen weiteren Ausbau des Ganztags- und des Ferienbetreuungsangebots. Damit für Kinder nur die besten Bedingungen zur Verfügung stehen braucht es bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Elementarpädagogik und im Hort. Denn nur mit guten Arbeitsbedingungen kann die Qualität der Betreuung sichergestellt werden. Die Bundesregie-

rung muss mind. 1 Mrd. für den Ausbau und die nachhaltige Finanzierung der Kinderbildungseinrichtungen zur Verfügung stellen und endlich ein bundeseinheitliches Rahmengesetz für die Elementarpädagogik beschließen.

12. Junge Frauen brauchen eine Ministerin, die auf ihrer Seite steht.

Orte der Bildung und Ausbildung müssen sichere Orte für junge Frauen sein. Mädchen und junge Frauen in der Schule oder in der Lehre brauchen gute Rahmenbedingungen. Dazu müssen niederschwellige Beratungsangebote und Anlaufstellen ausgebaut werden. Auch die Beratung vor der Lehre muss ausgebaut werden, um das Ziel, mehr Mädchen in technische Berufe und Buben in soziale Berufe zu bringen, zu erreichen. Außerdem müssen mehr Mitsprache und Beteiligung garantiert werden. Es braucht Maßnahmen, die den Leistungsdruck in Schule und im Studium entschärfen, die Bildung für alle öffnen und dabei niemanden zurücklassen. Es braucht ein Neudenken der Matura, anstatt zurück „zum Alten“ zu laufen. Es braucht kostenlosen Zugang zu Menstruationsartikeln und Verhütungsmitteln sowie frauenspezifische Maßnahmen in der Gesundheitsversorgung junger Frauen, insbesondere einen Ausbau der psychologischen Angebote. Es braucht endlich eine Politik, bei der junge Frauen nicht auf der Strecke bleiben.

13. Frauengesundheit darf kein Randthema der medizinischen Grundversorgung bleiben.

Die drastische Abnahme an Vorsorgeuntersuchungen ist alarmierend. Dazu kommt, dass Diagnostik und Therapie nach wie vor am Durchschnittsmann orientiert ist. Für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung muss sich die Medizin auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen ausrichten. Spezifische Krankheiten wie Endometriose müssen in den Fokus der Forschung genommen werden. Wir fordern eine Schwerpunktsetzung auf Gender-Medizin in Ausbildung und Forschung und Anwendung. Gendersensible Forschung und in Folge Diagnostik und Behandlung sind essentiell, um allen Menschen denselben Zugang zu Gesundheit zu gewährleisten.

Außerdem zeigen erste Studien, dass Long-COVID Frauen öfter betrifft als Männer. Die Forschung zu Long-COVID muss unbedingt weiter fortschreiten. Zudem fordern wir zur Absicherung der Erkrankten, dass berufsbedingte CO-

VID-19 Erkrankungen als Berufskrankheit anerkannt werden. Derzeit ist das nur in wenigen Sparten möglich. Auch im Bereich der psychischen Gesundheitsversorgung braucht es dringend Maßnahmen. Wir fordern den Ausbau der Primärversorgungszentren als kostenlose Therapieplätze für Kinder und Erwachsene, die an Folgen der Pandemie leiden. Außerdem braucht es allgemein den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung auf Kasse.

14. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden.

Pflegekräfte müssen ausreichend und der gesellschaftlichen Relevanz entsprechend entlohnt werden. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden z.B. durch die Deckelung der Arbeitszeit. Pflegekräfte leisten körperliche und psychische Schwerarbeit. Sie müssen daher Zugang zur Schwerarbeitspension haben. Wir fordern, dass auch Ausbildungszeiten zu den 45 Versicherungsjahren gerechnet werden.

In wenigen Jahren wird Österreich mit einem noch größerem Pflegekräftemangel konfrontiert sein, als jetzt. Wir fordern eine Pflegeoffensive bei der die Ausbildungsplätze verdoppelt werden und die Pflegeausbildung in ganz Österreich kostenlos wird. Außerdem braucht es mehr Anreize für die Pflegeausbildung. Damit kann gleichzeitig Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Nach dem Vorbild des Wiener Modells der Ausbildungs-offensive soll der Ein- oder Umstieg in den Pflegeberuf attraktiver werden. Wir fordern zudem die Einführung eines staatlichen Pflegefonds. Der Staat muss alle Kosten für mobile Pflege oder die Pflege im Pflegeheim übernehmen.

15. Gegen Altersarmut braucht es konkrete Maßnahmen.

Altersarmut von Frauen ist das Symptom aller Versäumnisse der österreichischen Politik. Kurzfristig braucht es zielgerichtete Maßnahmen für Menschen, die von Altersarmut betroffen sind. Wir fordern eine höhere Anrechnung der Karenzzeiten sowie eine vorgezogene, erhöhte Pensionsanpassung in der Mitte des Jahres. Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Teuerungs-hunderter für Pensionist*innen. Weiters fordern wir einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit, damit Frauen eine höhere Chance haben, tatsächlich bis zum Pensionsalter in Beschäftigung zu

bleiben. Die Möglichkeit der Altersteilzeit und ein entsprechender Rechtsanspruch muss auch für alle Beamten/innen und Vertragsbediensteten geschaffen werden. Zusätzlich braucht es eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten.

16. Wir stehen weiter für Frieden in Europa und der Welt.

Die Sozialdemokratie muss sich weiterhin als Friedensbewegung verstehen und positionieren. Wir als SPÖ Frauen stehen für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik. Wir fordern die Unterstützung für Menschen auf der Flucht und sichere Fluchtkorridore insbesondere für Frauen und Kinder. Frauen sind zusätzlichen Gefahren ausgesetzt, das bedeutet es muss Programme geben, um Frauen vor Menschenhandel zu schützen. Sicherheitspolitik muss stets die Situation der vulnerabelsten Gruppen der Gesellschaft im Auge haben und diese miteinbeziehen. Wir fordern eine Friedenskonferenz mit weiblichen, internationalen Vertreter*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft, Religionen sowie Kunst und Kultur.

Die Situation für Geflüchtete in Österreich muss sich verbessern. Die Zivilbevölkerung und zahlreiche Organisationen leisten seit Wochen großartige Arbeit, um den geflüchteten Menschen aus der Ukraine zu helfen. Die Bundesregierung lässt jedoch auf sich warten. Die Bundesregierung muss klare Konzepte vorzulegen, statt sich hinter leeren Phrasen zu verstecken. Willkommen heißen alleine reicht nicht! Es braucht klare Konzepte und Ressourcen für die Integration der Menschen - in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft. Dabei muss sichergestellt werden, dass vertriebenen Kindern und Jugendlichen ein bestmöglicher Schulalltag gegeben wird, dass Erwachsene Zugang zum Arbeitsmarkt haben, ohne um ihre Unterstützung oder Bleibe aus der Grundversorgung fürchten zu müssen. Das ist längst überfällig und muss allen Geflüchteten, egal woher sie sind, garantiert werden.

Wir fordern außerdem gendersensible Maßnahmen und Konzepte, die den Bedürfnissen von geflüchteten Frauen entsprechen. Der Zugang von Frauen zur Gesundheitsversorgung, zu passenden, schnell verfügbaren und sicheren Unterkünften und zu Bildung muss gewährleis-

tet werden. Die würdevolle Behandlung von Geflüchteten muss immer Priorität sein. Hilfestellungen und Unterstützung müssen auch nach dem Abflachen der ersten Solidaritätswelle gegeben sein, und zwar für alle Geflüchteten, egal woher.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Landesparteitag und die Bundesfrauenkonferenz

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

Kapitel 2: Anträge

ANTRAG 2.1.

PFLEGE: FRAUEN & MIGRANT*INNEN SIND KEINE ARBEITER*INNEN ZWEITER KLASSE eingebracht vom Bezirksfrauenkomitee Josefstadt

Unsere Gesellschaft wird immer älter, somit steigt auch der Bedarf an Pflege und Betreuung immer weiter an – ganz im Gegensatz zu den finanziellen Mitteln, die der Staat Österreich für diesen Bereich vorsieht. Die finanziellen Mittel für Pflege werden nämlich nicht weiter ausgebaut: Im Zentrum der aktuellen Pflegestrategie steht Pflege als Leistung, die sich in einem familiären Kontext abspielt. Daran etwas zu ändern, ist unter anderem auch aus budgetären Gründen von den Konservativen nicht gewünscht.¹

Das Problem ist jedoch kein neues, schon in den 1990er Jahren gab es Bedarf an Pflege und Betreuung, der nicht ohne Hilfe aus dem Ausland gedeckt werden konnte: Das Leisten von Pflege- und Betreuungsarbeit durch Migrant*innen aus Osteuropa etablierte sich Jahren ohne rechtliche Rahmenbedingungen, die 24-Stunden-Betreuung war geboren. Ohne rechtliche Absicherung des Berufs gibt es weder einen Mindestlohn, geregelte Arbeitszeiten oder Anspruch auf Sozialleistungen. Um eine rechtliche Grundlage für den Beruf der 24-Stunden-Betreuung zu schaffen, gibt es seit 2007 das Hausbe-

treuungsgesetz, BGBl. I Nr. 33/2007, das Regelungen für das Gewerbe der Personenbetreuung und arbeitsrechtliche Sonderbestimmungen für Pflege- und Betreuungsarbeit in einem Arbeitsverhältnis zu Privaten und zu Trägerorganisationen enthält.

Damit wurde jedoch nur die gängige Praxis legalisiert: Für den Großteil 24-Stunden-Betreuer*innen gibt es noch immer keine arbeitsrechtlichen Standards oder Mindestlöhne, weil die Betreuer*innen in den meisten Fällen selbständig tätig sind. Meist pendeln die Betreuer*innen im 14-tägigen Rhythmus zwischen Österreich und dem Herkunftsland und betreuen in dem Zeitraum, den sie sich in Österreich aufhalten, durchgehend eine Person. In vielen Fällen müssen 24-Stunden-Betreuer*innen wirklich 24 Stunden zur Verfügung stehen, somit haben viele von ihnen keine Möglichkeit Pausen zu machen und ausreichend zu schlafen.²

Trotzdem verdienen sie durchschnittlich nur ca. 80€ am Tag – das kommt einem Stundenlohn

¹ Bachinger, A., (2015). 24-Stunde-betreuung als Praxis: Identitätskonstruktionen, Arbeitsteilungen und Ungleichheiten – eine Intersektionalitätsanalyse. SWS-Rundschau, 55(4), 279-298. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59667-6>

² Bauer, G. & Österle, A. (2013). 24-Stunden-Betreuung für ältere Menschen. Entwicklungen und Wirkungen der Regularisierung der Betreuung in privaten Haushalten in Österreich. Sozialer Fortschritt, 62(3), 71-77.

von weniger als 3,5€ gleich.³ Von ihrem Gehalt müssen sie nicht nur Sozialversicherungsbeiträge selbst bezahlen, sondern auch ihre Vermittlungsagenturen bezahlen.

Diese Agenturen stehen oft in der Kritik, weil sie intransparent sind und keinen Regularien unterstehen; auch schlechte Qualität in der Serviceleistung und unfaire Vertragsbedingungen werden oft bemängelt. Die Abhängigkeit der 24-Stunden-Betreuer*innen von den Agenturen verschärft den prekären Charakter dieser Arbeit. In Österreich haben sie oft wenig Möglichkeiten auf soziale Kontakte, dies kann neben der Zeitintensität der Arbeit auch an mangelhaften Sprachkenntnissen liegen. Auch in den Herkunftsländern der Betreuer*innen führt diese Form der Beschäftigung oft zu Problemen: Wer übernimmt die Betreuungspflichten für Kinder und pflegebedürftige Personen in diesen Ländern?

Wir finden diese Bedingungen absolut unwürdig für ein Land wie Österreich, das in den meisten Berufssparten Mindestlöhne und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen hat, sowie bei der Vertretung der Arbeiter*innenrechte vielen anderen Ländern einiges voraushat.

Aber wie schaut es bei den österreichischen Pflegekräften aus? Diese können jetzt und auch in Zukunft den Pflegebedarf nicht decken. Um das Interesse an Pflegeberufen zu steigern, ist es dringend notwendig, den Beruf gesellschafts-

3 Hilfswerk Österreich. (2021). Kosten Langzeitbetreuung. <https://www.hilfswerk.at/oesterreich/24-stunden-betreuung/kosten-und-foerderungen/kosten-langzeitbetreuung/>
Marschitz, W. (2017). Die „24-Stunden-Betreuung“ in Österreich. In: Arend, S., Klie, T. (Hrsg.) Wer pflegt Deutschland? Transnationale Pflegekräfte – Analysen, Erfahrungen, Konzepte. 65-90. Vincentz Network. ISBN: 978-3866300611

lich und vor allem durch bessere Bezahlung aufzuwerten. Fest steht, dass Pflegeberufe in Österreich sehr schlecht bezahlt sind, wenn man die Dauer der Ausbildung berücksichtigt: Vergleichbar ausbildungsintensive Jobs sind viel besser bezahlt oder werden teilweise auch schon während der Ausbildungszeit entlohnt. Dafür müsste der Staat das staatliche Angebot für Pflege ausbauen und das Gehalt erhöhen.⁴

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Die arbeitsrechtliche Absicherung der Pflegenden nach österreichischen Standards wie Mindestlohn und Ruhezeiten, Vorschriften für Pausen und Zulagen für nächtliche Arbeit. Wir wollen in diesem Bereich keine Scheinselbstständigen.
2. Aufwertung von Pflegeberufen allgemein, durch eine Anhebung des Gehalts entsprechend des Ausbildungsniveaus sowie dem Anspruch auf eine Schwerarbeiter*innenpension.

4 Bachinger, A., (2015). 24-Stunde-betreuung als Praxis: Identitätskonstruktionen, Arbeitsteilungen und Ungleichheiten – eine Intersektionalitätsanalyse. SWS-Rundschau, 55(4), 279-298. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-59667-6>

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Wiener Landesparteitag und an die Bundesfrauenkonferenz

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

ANTRAG 2.2.

FRAUEN FINANZIELL ABSICHERN! WIR HABEN LANGE GENUG DURCHGEHALTEN!

eingbracht vom Bezirksfrauenkomitee Hietzing

Wir haben zwei Jahre mit vielen Restriktionen und enormen Belastungen hinter uns. Die Alleinerzieherinnen sind erschöpft und ausgelaugt. Die Krise hat ihre Spuren hinterlassen. Viele

Frauen fühlen sich ausgebrannt.

Als wäre das nicht schon schlimm genug, wird auch noch alles teurer, denn die Krise hat die

Inflation ordentlich angeheizt. Der Lebensmitteleinkauf im Supermarkt kostet empfindlich mehr als noch vor zwei Jahren. Manche Frauen haben Angst, dass sie ihre Miete und die Stromkosten nicht mehr bezahlen können. Die Löhne werden nicht ausreichend erhöht und viele Mütter bekommen keinen Kindesunterhalt. Sie haben genug von geschlossenen Schulen und Kindergärten. Sie fühlen sich allein im Home-Office und beim Home-Schooling.

Wirtschaftliche und finanzielle Folgen

Die Folgen der Pandemie sind weitreichend, das Leben der Frauen und insbesondere Alleinerzieherinnen hat sich grundlegend geändert. Corona-bedingte Vereinbarkeitsprobleme haben vor allem sie zu spüren bekommen. Die Hälfte der Frauen hat ihre Kinder beim Home-Schooling unterstützt, aber nur 9 % der Männer. Der Großteil der alleinerziehenden Frauen schafft es seit Beginn der Pandemie nicht mehr, Beruf und Betreuungspflichten zu vereinbaren. Das heißt auch, dass 20 % von ihnen aufgehört haben, ihrer Erwerbsarbeit nachzugehen und sich nur mehr um ihre Kinder kümmern. Fast die Hälfte aller Alleinerzieherinnen ist armutsgefährdet, wobei in über einem Drittel der Fälle der Unterhaltspflichtige keinen Unterhalt leistet. Hinzu kommt, dass Berufe, die typischerweise von Frauen ausgeübt werden, häufiger von Kündigungen und Kurzarbeit betroffen waren. Die Folge ist, dass sich das bei vielen der Frauen negativ auf ihr Einkommen ausgewirkt hat. Frauen sind die Verliererinnen der Krise, denn durch die unbezahlte Care-Arbeit haben sie große finanzielle Einbußen!

Psychische Belastungen für Frauen, insbesondere Alleinerzieherinnen und Kinder

Die psychischen Belastungen für Frauen sind während der Pandemie größer geworden. Auf die Hälfte der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren hat sich die Schließung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen maßgeblich auf ihre psychische Gesundheit ausgewirkt. Sie haben besonders unter den coronabedingten Einschränkungen wie Lockdowns und Ausgangsbeschränkungen gelitten. Auch die Kontaktbeschränkungen setzten Frauen ebenfalls sehr zu. Im Herbst und Winter während des Lockdowns kam es zu einem massiven Anstieg von Depressionen.

Seit Beginn der Pandemie sind Frauen vor allem

besorgt, weil ihnen Freunde und Familie fehlen. Viele haben auch Angst oder sind gestresst. Sie machen sich vielfach Sorgen über ihre Zukunft. Psychische Störungen haben stark zugenommen. Das geht von Ängstlichkeit, Depressivität bis zu posttraumatischen Belastungsstörungen.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Die jährliche Anpassung der Familienbeihilfe und des Kinderbetreuungsgeldes an die Inflation und deren verpflichtende Auszahlung am ersten jedes Monats beginnend mit dem Folgemonat nach der Geburt.
2. Eine adäquate Pensionsanrechnung als Ausgleich für entgangene Pensionsansprüche für unbezahlte Care-Arbeit und Kinderbetreuungszeiten.
3. Eine Deckelung der Miet- und Energiekosten.
4. Eine Anpassung des Kindesunterhalts an die im Dezember 2021 erschienene Kinderkostenstudie.
5. Eine breite bundesweite Mental-Health-Kampagne durch das Gesundheitsministerium. Besonders Frauen und Kinder sollen aktiv Hilfsangebote und Unterstützung bekommen! Deshalb fordern wir den Ausbau von Psychotherapieplätzen als Teil eines modernen, kassenfinanzierten Gesundheitssystems, speziell für Frauen und Kinder.
6. Eine Erhöhung des Alleinerzieherabsetzbetrags. Da 94% der Alleinerzieher Frauen sind, sollte der Alleinerzieherabsetzbetrag höher sein als der Alleinverdienerabsetzbetrag. Frauen in dieser Familienform tragen auch hier die Hauptlast der anfallenden Kosten.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Wiener Landesparteitag und an den Vorstand der Bundesfrauen

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

ANTRAG 2.3.**RECHTSANSPRUCH AUF GANZTÄGIGE KINDERBETREUUNG
BIS ZUM ENDE DER SCHULPFLICHT**

eingebraucht von den SWV WIEN Frauen

In Wien leben insgesamt 481.500 Familien, davon 170.500 mit Kindern unter 15 Jahren. Aus der Kinderperspektive wachsen 41.100 unter 15 Jahren in Wien in Familien mit einem Elternteil auf, 233.000 bei Paaren. Die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit hochwertiger Betreuungseinrichtungen für Kinder ist daher ein Schlüsselfaktor, der es Frauen, aber auch Männern mit Betreuungspflichten ermöglicht, am Erwerbsleben teilzunehmen. Eine hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument, um gegen eine mögliche soziale Benachteiligung von Kindern vorzugehen; darüber hinaus unterstützt sie die soziale Entwicklung von Kindern von frühem Alter an.

Um sicherzustellen, dass Eltern – und hier vor allem die nach wie vor hauptbetroffenen Mütter – ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können, braucht es einen weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten bis zum Ende der Schulpflicht. Formelle Kinderbetreuung ist ein entscheidender Faktor, ob Eltern und insbesondere Frauen entweder bloß in Teilzeit oder gar nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen. Dänemark liegt mit 25 Prozent Teilzeitquote unter dem EU-Durchschnitt von 27 Prozent. In Österreich hingegen sind mit 49 Prozent fast die Hälfte aller Frauen in Teilzeit. Daraus resultieren für Frauen Gehaltseinbußen und geringere Pensionen. Ziel muss sein, dass Österreich bei den Investitionen in Kinderbetreuung und Elementarpädagogik auf den EU-Durchschnitt von 1 Prozent der Wirtschaftsleistung aufschließt. Das wäre jährlich ein Plus von mehr als einer Milliarde Euro und wichtig, um Beschäftigung zu schaffen und die Konjunktur zu beleben. Und letztlich würde mit dem Rechtsanspruch auch eine Forderung der Sozialpartner erfüllt.

Wien ist im Bereich der Kinderbetreuung und Elementarbildung bereits jetzt ein absolutes Vorzeigebundesland. Es verfügt über eine in Österreich einzigartige Dichte von über 92 Prozent an Kinderbetreuungseinrichtungen, die mit

einer Vollerwerbstätigkeit vereinbar sind. Rund 100.000 Kinder werden in den elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der Stadt Wien betreut. Die Betreuungsquote der null- bis zweijährigen Kinder liegt bei über 44 Prozent, jene der Drei- bis Fünfjährigen bei fast 94 Prozent. Dennoch braucht es weitere Anstrengungen, vor allem um auch beispielsweise Personen im Schichtbetrieb, mit Abenddiensten oder mit 10- oder 12-Stunden-Tagen ein adäquates Angebot vergleichbar mit jenem für Eltern, die ihre Arbeit zwischen 9:00 und 17:00 Uhr verrichten können, anbieten zu können. Auch Selbständige, die auf unterschiedliche Auftragslagen reagieren müssen, brauchen mehr Flexibilität bei den Angeboten. Der SWV WIEN setzt sich daher für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen gratis Kinderbetreuungsplatz und eine Ausbauoffensive der Kindergärten – flächendeckend, qualitativ hochwertig, ganztägig geöffnet – ein. Die bereits bestehende hohe Dichte an Plätzen und umfassende Öffnungszeiten sind dabei die besten Voraussetzungen für einen umfassenden Rechtsanspruch bis zum Ende der Schulpflicht.

Dieser Anspruch soll nicht nur für den Kindergarten gelten, sondern möglichst bald auch für einen kostenfreien Platz in einer ganztägigen gemeinsamen Schule. Ein wichtiger Schritt dazu war die Einführung der Gratis-Ganztagschule im Herbst 2020 in Wien. Diese gibt es derzeit an 70 Standorten und jedes Jahr werden weitere zehn Standorte hinzukommen. Ganztagesbetreuung an der Schule reduziert auch die Notwendigkeit für Nachhilfe. In den Ferien braucht es für Eltern ebenfalls ein verlässliches Betreuungsangebot mit Rechtsanspruch. Derzeit verschlechtert sich in vielen Fällen beim Übertritt vom Kindergarten in die Schule die Situation für die Eltern. Während vor allem die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen fast das ganze Jahr geöffnet sind, entstehen beim Schulbesuch oftmals Probleme in der Ferienzeit oder bei Fenstertagen. Die 445 Pflichtschulen und 87 Unterstufen (Zahlen 2018/19) an allgemeinbildenden höheren Schulen in Wien müssen so organisiert sein, dass eine

qualitativ hochwertige Betreuung sichergestellt ist. Die zu bevorzugende Form ist dabei die gemeinsame Ganztagsschule, bei der sich Phasen des Unterrichts mit solchen der Freizeit oder ergänzenden Angeboten wie Musik oder Sport abwechseln.

Andere europäische Länder haben bereits vorgemacht, dass ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung möglich ist. Im Unterschied zu Österreich haben Eltern beispielsweise in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kindergartenplatz. Sollte Eltern ab dem ersten Lebensjahr des Kindes kein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden, kann von diesem Schadenersatz in Höhe des Verdienstaufschlags geltend gemacht werden. Soeben wurde im deutschen Bundestag darüber hinaus beschlossen, dass Eltern künftig auch einen Anspruch darauf haben, ihre Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag hinein betreuen zu lassen. Kinder sollen dabei nach dem Unterricht auch ein warmes Mittagessen erhalten, die Möglichkeit haben, die Hausaufgaben zu erledigen, und ihre Freizeit mit Gleichaltrigen zu verbringen.

In den skandinavischen Ländern wird Kinderbetreuung seit Jahren bestens gefördert und finanziert. In Norwegen besteht ein solcher Anspruch bereits seit 2009. Auch in Dänemark und Finnland sind Betreuungsplätze auf diese Weise rechtlich verankert. In Schweden erfolgte seit den frühen 70er Jahren, als die Frauen in großer Zahl auf den Arbeitsmarkt drängten, eine rasche Expansion dieser Einrichtungen. Alle erwerbstätigen Eltern, die eine Kinderbetreuung benötigen, haben einen gesetzlichen Anspruch auf Vorschultagesstätten für Kinder im Alter von 1-6 Jahren und auf Freizeitzentren für Kinder im Alter von 7-12 Jahren.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Einen bundesweiten Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung bis zum Ende der Schulpflicht.
2. Österreichweit flächendeckende, inklusive, ganztägige, ganzjährige, hochqualitative, kostenlose Elementarbildungseinrichtungen. Dabei müssen die Öffnungszeiten mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar sein und den VIF-Kriterien (Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf) entsprechen.
3. Besonderes Augenmerk auf das Schließen von Betreuungslücken in den Ferien, an Feiertagen etc.
4. Eine gemeinsame, kostenfreie Ganztagschule aller 6 bis 14-Jährigen als pädagogisch zielführendste Form für unsere Kinder. Dabei müssen sowohl der Besuch der Kinderbildungseinrichtung als auch alle Aktivitäten und Versorgungsleistungen in dieser Zeit kostenlos sein.
5. Zwei gesunde, kostenlose Mahlzeiten pro Tag in den Betreuungseinrichtungen im Zuge eines bundesweiten Programmes.

Empfehlung: Annahme

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

ANTRAG 2.4.

EINE VON ZEHN ENDOMETRIOSE ERNST NEHMEN JETZT!

eingbracht vom Bezirksfrauenkomitee Neubau

Alle Betroffenen kennen den Blick der Gesprächspartner*innen, wenn sie sagen: „Ich habe Endometriose“. Denn obwohl jede zehnte Frau daran erkrankt ist, ist diese chronische Er-

krankung fast gänzlich unbekannt. Das führt einerseits dazu, dass Patient*innen oftmals viel zu spät eine Diagnose erhalten und andererseits, dass sich auch die wenigsten trauen, über ihre

Erkrankung zu sprechen.

Was ist Endometriose?

Es handelt sich um eine chronische Krankheit, von der bis zu 10% der Frauen im reproduktiven Alter betroffen sind. Bis zu 70% der Frauen und Mädchen mit regelmäßigen Unterbauchschmerzen leiden eigentlich an Endometriose, einer Erkrankung bei der Gebärmutter-schleimhaut-ähnliches Gewebe außerhalb der Gebärmutter wächst. Diese „Endometrioseherde“ führen – oft mit dem Zyklus verbunden – zu starken Schmerzen. Sie sind denselben zyklischen Veränderungen unterworfen wie die Gebärmutter-schleimhaut, können bluten und führen so zu lokalen Entzündungsreaktionen. Obwohl sie zumeist im Bauch zu finden sind, kann Endometriose auch andere Organe betreffen, sogar die Lunge. Bisher ist weder bekannt, warum oder bei wem die Erkrankung entsteht, noch gibt es eine Heilung. Die Krankheit wird oft jahrelang nicht erkannt, weil „Regelschmerzen halt dazugehören“. Im Schnitt vergehen 7 Jahre bis zur Diagnosestellung. Viele Ärzt*innen erkennen die Herde im Ultraschall nicht, Patient*innen werden erst sehr spät an die entsprechenden Spezialambulanzen verwiesen. Nicht selten ist Endometriose dann eine sogenannte Ausschlussdiagnose, die erst während einer Operation – wenn Herde auch wirklich sichtbar sind und Proben davon genommen wurden – wirklich bestätigt werden kann.

Oft wird auch von ärztlicher Seite erst dann an die Erkrankung gedacht, wenn sie der Grund für einen unerfüllten Kinderwunsch ist – denn auch das Schwangerwerden kann dadurch erschwert sein und ist in 50% der Fälle der Grund für Unfruchtbarkeit. Nach einer Diagnose sind die Behandlungsmöglichkeiten begrenzt: Nicht alle Herde können operativ entfernt werden, hormonelle Verhütung bringt nur bis zu einem gewissen Grad Linderung, symptomatische Schmerztherapie ist oft das Einzige, was bleibt. Dabei geht es Betroffenen, die unter Endometriose leiden, oft trotz Schmerzmittel so schlecht, dass sie nicht arbeitsfähig sind, keine Freizeitaktivitäten machen können und in besonders starken Fällen sogar akut medizinisch behandelt werden müssen. Das Ausbleiben wirklich wirksamer Therapien liegt nicht zuletzt an mangelnder Forschungsunterstützung in frauenspezifischen Medizinbereichen im Allgemeinen und der Endometrioseforschung im Speziellen.

Was brauchen Betroffene?

Für viele Dinge im Leben mit Endometriose – von der Diagnose bei Spezialist*innen über die Kosten für Schmerzmittel, hormonelle Verhütungsmittel bis hin zu Alternativen wie Tens-Geräte (Geräte die über elektrische Impulse und Wärme zur Muskelentspannung beitragen und so Schmerzen reduzieren können) – kommen die Betroffenen selbst auf, eine Unterstützung der Krankenkasse gibt es dabei nicht. Das geht so weit, dass Endometriose-Operationen keinen eigenen Verrechnungscode (LKF-Code) in Österreich haben, weswegen die Eingriffe dadurch nicht adäquat abgegolten werden und jede der oftmals sehr aufwändigen Endometrioseoperationen für das Krankenhaus im Endeffekt ein Verlustgeschäft ist. Endometriose kann aber auch psychisch belastend sein: Permanente Schmerzen, Schmerzen beim Sex, Müdigkeit oder Verdauungsschwierigkeiten schränken Betroffene in ihrem Alltag oft stark ein. Hier braucht es viel mehr Beratung und Begleitung ähnlich anderer Disease-Management-Programme für chronische Erkrankungen mit einem multiprofessionellen Zugang.

Was können wir tun?

International gibt es einige Vorbilder, wie z.B. Australien, das einen Aktionsplan beschlossen hat, der Maßnahmen zur Information, Behandlung und Forschung zu Endometriose beinhaltet: 2018 wurden beispielsweise in Australien dafür rund 15 Millionen Euro in die Hand genommen, um Betroffene in ihrer Erkrankung besser zu begleiten, in Bildung und Awareness zu investieren und an Therapiemöglichkeiten zu forschen.

Auch in Österreich leidet eine von zehn Frauen und Mädchen im reproduktiven Alter unter starken Schmerzen, die den Alltag beeinträchtigen. Ziel muss es sein die Zeit zwischen Auftreten der Symptome und Diagnosestellung drastisch zu verkürzen, die Schmerzen der Betroffenen nachhaltig zu verbessern, notwendige Therapien kostenlos zur Verfügung zu stellen und das Bewusstsein für diese Erkrankung zu schärfen.

Um das erreichen zu können, müssen wir drei Schwerpunkte setzen:

- Awareness Endometriose: Betroffene sollen nicht mehr jahrelang unter einer nicht-diagnostizierten Krankheit leiden müssen. Mit

einem Informationsschwerpunkt des Wiener Programms für Frauengesundheit könnten Endometriose-Erkrankte bestärkt werden, sich Hilfe zu holen und andererseits die Awareness von Ärzt*innen (sowohl Gynäkolog*innen als auch Allgemeinmediziner*innen) erhöht werden.

- Auch Österreich braucht einen Aktionsplan Endometriose: Das Land Wien soll sich in Tarif- und Gesetzesverhandlungen mit der Krankenkasse und dem Bund in allen relevanten Teilbereichen zukünftig für die finanzielle Abgeltung von Therapien, sowie dem Schaffen eines eigenen LKF-Codes für Endometriose-Operationen einsetzen. Methoden zur Schmerzbehandlung sollen zukünftig von der Krankenkasse übernommen werden, ein Schwerpunkt in der ärztlichen Aus- und Fortbildung soll entstehen und die Forschung motiviert werden, an Ursachen, Behandlungsmöglichkeiten und der Heilung von Endometriose zu forschen.
- Endometriose-Zentrum: Die Stadt Wien soll ein Beratungs- und Behandlungszentrum schaffen, das über die Tätigkeiten der existierenden Spezialambulanzen deutlich hinaus geht. In diesem sollen Betroffene auf ihrem Weg von Diagnose über Therapie von einem multiprofessionellen Team begleitet werden, es soll eine Anlaufstelle sein und als Wegweiser für Betroffene im Gesundheitssystem

fungieren. Themen wie Schmerztherapie, psychische Unterstützung, Ernährungsberatung und Physiotherapie und der Austausch mit anderen Betroffenen sollen dabei im Mittelpunkt stehen und das Leben mit der Krankheit dadurch erleichtert werden.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Die Mandatar*innen der SPÖ Wien setzen sich für einen Informationsschwerpunkt des Wiener Programms für Frauengesundheit ein, der sich sowohl an Ärzt*innen als auch an potentielle Betroffene richtet.
2. Einen Aktionsplan Endometriose, der die Bereiche Schmerzbehandlung, Therapiemöglichkeiten und Forschungsförderung beinhaltet.
3. Die SPÖ Frauen Wien setzen sich für die Schaffung eines Beratungs- und Behandlungszentrums Endometriose in Wien ein.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Wiener Landesparteitag

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

ANTRAG 2.5.

STEALTHING MUSS INS STGB

eingbracht von der SJ Wien

Eine von drei Frauen und einer von fünf Männern waren bereits Opfer von einer als "Stealthing" bekannten Straftat.¹ (Klinische Studie Melbourne 2018) Als Stealthing wird der Vorgang des während dem einvernehmlichen Geschlechtsverkehrs ungefragten und heimlichen Herunterziehens des Kondoms durch den Sexualpartner verstanden.

¹ Latimer RL, Vodstrcil LA, Fairley CK, Cornelisse VJ, Chow EPF, Read TRH, et al. (2018): Non-consensual condom removal, reported by patients at a sexual health clinic in Melbourne, Australia, PLoS ONE 13(12): e0209779.

Diese Praktik kann als Sexualdelikt gewertet werden, da es zu einem fundamentalen Vertrauensbruch zwischen den Beteiligten kommt. Die körperliche Integrität und Selbstbestimmung des Gegenübers wird dadurch enorm eingeschränkt und sogar zunichte gemacht. Denn auch wenn es vor dem Geschlechtsakt zu einer konsensualen Einwilligung kam und man sich auf die Verhütung durch ein Kondom geeinigt hat, so kommt es mit dem unwissentlichen Entfernen des Kondoms zu einem aktiven Konsensbruch. Ohne es zu wissen, geschweige denn zu wollen, hatte

man ungeschützten Geschlechtsverkehr und muss mit den Ängsten und Folgen alleine klar kommen.

Nicht nur besteht die Möglichkeit ungewollt schwanger zu werden, sondern sich auch mit sexuell-übertragbaren Krankheiten angesteckt zu haben. Doch selbst wenn das Herunterziehen des Kondoms folgenlos bleibt und die betroffene Person weder schwanger, noch krank wird, so handelt es sich bei der Tat um eine Form von sexualisierter Gewalt und muss auch als solche behandelt werden. Das Phänomen und dessen Bezeichnung als Stealthing erreichte erst vor kurzem genügend Aufmerksamkeit um einen globalen und medialen Diskurs zu entfachen.

Auch wenn der Begriff erst seit kurzem im Umlauf ist, kann davon ausgegangen werden, dass es die beschriebene Handlung schon wesentlich länger gibt. Die Beschreibung des Vorgangs und die Konstituierung des Begriffs Stealthing soll dazu führen, dass darüber gesprochen wird und so auch die breite Bevölkerung erreicht. In einigen Ländern wurde Stealthing bereits als Sexualdelikt ins Strafgesetzbuch aufgenommen. In der Schweiz kam es 2017 erstmals zu einer Verurteilung im Ausmaß von 12 Monaten nach einem Stealthing Vorfall. Der Grund lautete Vergewaltigung und Schändigung.

Auch wenn es nach diesem Vorfall nicht zur Formulierung von Stealthing als eigenen Sexualdelikt und Straftat kam, schuf er doch einen Präzedenzfall. Auch in Großbritannien und Neuseeland steht Stealthing nicht als eigenständiger Strafdelikt im Strafgesetzbuch, aber die nicht-einvernehmliche Abnahme eines Kondoms wird dort als Form der Vergewaltigung anerkannt und hat in den letzten Jahren bereits zu mehreren Verurteilungen geführt. In Österreich gibt es den Paragraphen 205a im Strafgesetzbuch, der vor Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung schützt, worunter auch Stealthing fällt oder besser gesagt fallen kann. Doch selbst Gerhard Jarosch, der ehemalige Präsident der Österreichischen Staatsanwält*innen sieht Stealthing als noch nicht im Strafgesetzbuch verankert. Die mögli-

che Abdeckung durch Paragraph 205a ist nicht ausreichend. Was wir stattdessen benötigen ist eine klare Formulierung von Stealthing als Straftat im österreichischen StGB.

Aber nicht nur die dezidierte Ausweisung als Straftat ist wichtig, sondern vor allem auch genügend Aufklärungs- und Bildungsarbeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Viele von Stealthing Betroffene wissen nicht, dass es sich beim nicht-konsensualen Herunterziehen eines Kondoms um ein gravierendes Vergehen mit rechtlichen Auswirkungen handelt. Nach einem Vorfall fühlen sie sich zwar hintergangen und in ihrem Vertrauen zutiefst erschüttert, aber denken alleine in ihrer Situation zu sein und beim Thematisieren nicht ernstgenommen zu werden.

Erst wenn durch zunehmende Bildungsarbeit Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt wird, sehen Betroffene, dass sie keineswegs alleine mit ihrem Trauma sind. Auch Präventionsarbeit und Täterarbeit müssen Hand in Hand gehen um sexuellen Übergriffen bestmöglichst entgegenzuwirken.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Stealthing soll im Strafgesetzbuch verankert werden.
2. Im Sexualkundeunterricht soll Stealthing thematisiert werden.
3. Datensammlung und Evaluierung der derzeitigen Situation der Ausgabe von der "Pille Danach" durch die Apothekerkammer und davon abgeleitet Sensibilisierungs-Schulungen von Mitarbeitenden in Apotheken.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Wiener Landesparteitag

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

ANTRAG 2.6.

GRATIS STI-TESTS¹ FÜR ALLE

eingebracht von der SJ Wien

Um Safer Sex, also geschützten Geschlechtsverkehr, praktizieren zu können, ist es essentiell, sich regelmäßig auf STIs testen zu lassen. Durch die hohen Kosten, die mit STI-Tests verbunden sind, lassen sich die meisten erst testen, wenn sie bereits starke Symptome verspüren. Das Problem ist jedoch, dass viele sexuell übertragbare Infektionen symptomlos auftreten und dennoch zu bleibenden Schäden führen können.

Darunter fallen neben HIV unter anderem auch Syphilis, Chlamydien, Gonorrhoe, Trichomonaden sowie Hepatitis B und Hepatitis C. Derzeit werden die Kosten für umfassende STI-Tests nur in sehr seltenen Fällen von der Krankenkasse übernommen, üblicherweise fallen jedoch Kosten von mindestens 150€ für Privatpersonen an. Viele junge und sexuell-aktive Menschen sind sich dieser Gefahr nicht bewusst und haben darüber hinaus auch keine finanziellen Mittel um sich regelmäßig auf STIs untersuchen zu lassen. Es braucht daher dringend ein flächendeckendes, kostenfreies und anonymes Testangebot für alle STIs. Die Testorte sollen als Walk-In Centers konzipiert sein und sollen so besonders niederschwellig gestaltet sein. Am Beispiel der Aids Hilfe Wien soll es vor Ort auch ein kostenloses medizinisches und psychologisches Beratungsnetzwerk geben.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Als Maßnahme der Gesundheitsprävention und Teil eines modernen Gesundheitssystems ein kostenfreies, flächendeckendes und anonymes Testangebot für STIs in Wien gekoppelt an bestehende einschlägige Einrichtungen.
2. Eine niederschwellige Informationskampagne nahe an der Zielgruppe z. B. Kloplakate in Lokalen.
3. Gratis psychologische und medizinische Beratung bzgl. STIs vor Ort ist im Testangebot inbegriffen.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Wiener Landesparteitag

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

¹ STI steht für „Sexually transmitted Infection“. Auf Deutsch: Sexuell übertragbare Infektionen

ANTRAG 2.7.**SPORT FREI VON GESCHLECHTERSTEREOTYPEN**

eingebracht von der SJ Wien

Nach wie vor ist Sport Machen für viele Menschen ein belastendes Thema, da es mit Leistungsdruck, Selbstoptimierung, Sexismus und finanziellen Abhängigkeiten einhergeht. Das derzeitige System, schließt nicht nur Frauen aus, sondern schadet auch Männern. Darüber hat der schwedische Fußballstar Zlatan Ibrahimovic im Rahmen von sogenannten „Locker Room Talks“, übersetzt Kabinengesprächen, mit sportbegeisterten Buben gesprochen. Unter anderem wie man diesen rauen, oftmals diskriminierenden Ton vermeiden kann und dass man nicht so reden muss, um Teil eines Teams zu sein. Die Vorstellungen davon was es heißt ein Mann zu sein und wie man seine Emotionen nicht in Gewalt umwandelt, waren auch Teil der Gespräche. Solche niederschweligen Gespräche sollten von den jeweiligen Trainer*innen oder (ehemaligen) Sportler*innen geleitet werden, zu denen die Kinder aufschauen und einen direkten Bezug haben. Diese „Kabinengespräche“ braucht es auch in Wiener Sportvereinen und im Turnunterricht.

Diese festgefahrenen gesellschaftlichen Geschlechterstereotypen führen dazu, dass es zu strukturellen Ausgrenzungen und vermindertem Angebot und Unterstützung von Frauen kommt.

Während viele von Männern ausgeführte Sportarten vom Staat oder kleinen Unternehmen soweit finanziell unterstützt werden, dass sie die Sportler angemessen unterstützen (Räumlichkeiten, Material, Trainer, Kleidung...) und ihnen sogar teilweise die Zeit finanziell ausgeglichen wird, können sich Frauen diese Unterstützung nicht erhoffen. Dadurch sind sie nur allzu oft dazu gezwungen, sich in finanzielle Abhängigkeiten zu begeben (auf Partner, Förderungen, Eltern, etc. zurückgreifen). Oft können sie gar nicht erst so viel Sport machen wie sie gerne würden, da sie zu wenig Zeit dafür neben einer zusätzlichen Erwerbsarbeit und/oder Betreuungsaufgaben innerhalb der Familie haben. Das geringere Trainieren führt dazu, dass ein „mitspielen“ auf dem ohnehin sehr kleinen und raren, geförderten Bereich, unmöglich wird. Die Entscheidung für den Werdegang im Profisport ist daher meist

eine Frage des Geldes (statt der Frage, ob das gewollt wird und möglich wäre). Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist, dass Frauen im Sport endlich genauso bezahlt werden wie ihre männlichen Kollegen. So bekommen beispielsweise Spielerinnen im norwegischen Frauennationalteam das gleiche Gehalt wie das Männernationalteam. Das braucht es auch in Österreich.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Ein bundesweites Bewegungsprogramm an Schulen und Kindergärten, in dem Sportpädagog*innen mit einem gesellschaftskritischen Ansatz alle Kinder gleichermaßen abholen und mit neuen Zugängen zu Sport und Bewegung animieren. Das Ziel ist selbstbewusste, starke und sowohl physisch als auch psychisch gesunde Menschen zu begleiten – nicht Leistungsdruck und Schönheitsideale schon im Unterricht einzuzementieren.
2. Eine Kampagne im öffentlichen Raum und in Sportvereinen am Vorbild der „Lockerroom-Kampagne“ (z.B.: „Bewegung, Bewusstseinsbildung und Gesundheitsvorsorge statt Stereotype und Body Shaming“).
3. Den Gender-Pay-Gap zwischen Sportler*innen schließen!
4. Verbände verpflichten sich gleichermaßen weibliche wie männliche Trainer*innen und Schiedsrichter*innen anzustellen und auszubilden.
5. Eine spezifische Förderung Vereine, die Mädchen und Frauen für männlich dominierte Sportarten begeistern, unterstützen und ausbilden.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an die Bundesfrauenkonferenz

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt

ANTRAG 2.4.

DEM KRIEG KEINEN FRIEDEN! SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINISCHEN BEVÖLKERUNG!

eingebracht vom Bezirksfrauenkomitee Landstraße

Johanna Dohnal sagte einst „Der Frieden ist zu wichtig, um ihn den Männern allein zu überlassen!“. Wie wichtig ein feministischer Blick auf Sicherheits- und Außenpolitik ist, zeigt sich im aktuellen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sehr deutlich. Jahrzehntlang feierten die Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Union diese als großes Friedensprojekt für ganz Europa. Dabei wissen wir, dass diese eine sehr einseitige Sicht ist: Denn wir können nicht davon sprechen, dass in Europa seit dem 2. Weltkrieg nur Friede gegolten hat. Und auch außerhalb Europas beteiligten sich europäische NATO-Mitglieder an kriegerischen Auseinandersetzungen und zerstörten damit das Leben tausender Menschen. Für viele junge Menschen in Europa, die mit diesem Mantra aufgewachsen sind, war ein Krieg in dem Ausmaß, wie er in der Ukraine nun stattfindet, innerhalb Europas dennoch unvorstellbar.

Dass Auseinandersetzungen mit Waffen ausverhandelt werden, hatte man als Relikt in die Vergangenheit verbannt. Umso überraschender waren die vielen unterschiedlichen und hoch emotionalisierten ersten Reaktionen auf diesen Krieg.

Neutralität schützen

Vor allem das Hinterfragen der Neutralität beobachten wir kritisch. Als Sozialdemokratie müssen wir klar Stellung beziehen: An der Neutralität darf nicht weiter gerüttelt werden. Österreich hat sich – zum eigenen Schutz und in einem Streben nach Frieden – dazu verpflichtet ein militärisch neutraler Staat zu sein. Dass dies nicht bedeutet, man wäre gleichgültig, hat Bruno Kreisky in der Vergangenheit bewiesen. Von diesem Ansehen zehren Österreich und auch die österreichische Sozialdemokratie bis heute. Höchste Zeit, Diplomatie und internationale Solidarität wieder aufleben zu lassen!

Feminismus greift Strukturen an

Als Feministinnen, die sich in der Arbeiter*innen-

bewegung verankert sehen, reicht es uns nicht, wenn lediglich mehr Frauen in den jeweiligen Sicherheits- und Außenpolitischen Institutionen tätig sind. Denn es geht nicht darum, die „männliche“ Außen- und Sicherheitspolitik zu überwinden, sondern eine menschliche zu etablieren: Wir müssen Machtverhältnisse hinterfragen und Perspektiven aufzeigen. Denn nicht alles was eine Grenze schützt, schützt auch die Bevölkerung. Die österreichische Neutralität erlaubt es uns darüber hinaus einen klaren Blick auf diese unterschiedlichen Interessen des Staates und der Bevölkerung zu werfen und uns klar und deutlich mit der ukrainischen, als auch mit der russischen Bevölkerung zu solidarisieren.

Hoch die internationale Solidarität

Auch im Krieg zeigen sich die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Geschlechter und jeglicher Fortschritt findet sein Ende: Frauen sind für Versorgung der Kinder und Älteren zuständig, Männer verteidigen sozusagen „Haus und Hof“. Für Männer unter 60 bedeutet das aktuell, dass sie das Land nicht verlassen dürfen und vorausgesetzt wird, dass sie kämpfen. Wir müssen solidarisch mit ihnen stehen und deutlich sagen, dass sie bei einer möglichen Flucht in Österreich willkommen sind. Niemand sollte zu Krieg gezwungen werden!

Die Auswirkungen des Krieges auf Frauen sind vielfältig: Menschenhändler versuchen ihre vulnerable Situation auszunutzen und sprechen Frauen und Mädchen gezielt an der Grenze an. Vergewaltigungen als ein Element des Krieges sind kein Geheimnis, aber über diese wurde in den letzten Wochen wenig bis gar nicht berichtet und sollten nicht aus unserem Bewusstsein verschwinden. Wir stehen solidarisch mit der ukrainischen und auch mit der russischen Bevölkerung, die ebenso die Auswirkungen dieses Krieges zu spüren bekommt. Wir müssen diplomatische Lösungen anbieten. Das Streben danach, Frieden zu schaffen ohne Waffen muss unsere oberste Prämisse bleiben.

Die Frauenkonferenz der SPÖ Wien fordert daher

1. Unter Einhaltung der Neutralität soll Österreich bei der Errichtung „humanitärer Korridore“, also sicherer Fluchtkorridore, zur Versorgung und Evakuierung der Bevölkerung, vor allem der Frauen und Kinder, unterstützen.
2. Ein klares Bekenntnis zur Neutralität und eine aktive Außenpolitik, die das unterstützt.
3. Her mit einer sozialdemokratischen und feministischen Friedenskonferenz: Die Sozialdemokratie steht für Frieden. Insbesondere die Sozialdemokratische Frauenorganisation. Wir müssen diesen feministischen und linken Austausch für Frieden wieder ins Zentrum rücken. Speziell in Hinblick auf zusätzliche Herausforderungen wie der Klimakrise.
4. Die Frauenorganisation soll sich dafür einsetzen, dass alle zwei Jahre auf europäischer Ebene (PES/S&D) eine Friedenskonferenz stattfindet. Dabei sollen sozialdemokratische Kräfte aus ganz Europa, sowie aus betroffenen Gebieten zusammenkommen, um gemeinsame Friedensprojekte zu erarbeiten und Demokratie zu schaffen. Denn es müssen Alternativen zum Krieg gefunden werden.
5. Wir begrüßen die unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine in Österreich und fordern, dass diese solange gelten soll bis eine tatsächliche Stabilisierung des Landes festzustellen ist. Es muss darüber hinaus allen Geflüchteten die Möglichkeit gegeben werden, am sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, ohne bürokratische Hürden, teilzunehmen und mitpartizipieren zu können.
6. Die Bundesregierung ist gefordert, umgehend ein Angebot an Deutschkursen, sowie eine möglichst rasche Versorgung geflüchteter Kinder mit Bildungsangeboten zu gewährleisten.
7. Unterstützung bei der Anerkennung von Qualifikationen.
8. Aufstockung des Bundesbudgets für soziale und humanitäre Hilfe.
9. Privatpersonen leisten gerade Großartiges.

Es muss aber langfristig eine ausreichende (öffentliche) Infrastruktur für Geflüchtete (Unterkünfte, Sonderzüge, ...) von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden.

10. Zusätzliche Informationen, wie vorübergehende Beschriftung von Zug- und U-Bahnstationen (bspw. über Poster oder folierte Zettel) in unterschiedlichen Sprachen
11. Ausreichende psychologische und medizinische Unterstützung (an den Ankunftsstellen), auch für Kinder, finanziert durch den Bund.
12. Waffenlobby und -lieferungen: Keine Gewinne für Unternehmen, die vom Krieg profitieren. Es braucht eine strengere Kontrolle von Waffenlieferungsverboten an kriegsführende Länder.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Landesparteitag

- angenommen
- zugewiesen an:
- abgelehnt



www.spoe-frauen.wien

 [wienspoefrauen](https://www.facebook.com/wienspoefrauen)  [wien_spoe_frauen](https://www.instagram.com/wien_spoe_frauen)